

Was die Höhe der Sozialhilfeleistungen für Flüchtlinge bedeutet

Fehlanreize und fatale Signalwirkung

Von Barbara Steinemann

17 Milliarden würden ausländische Staatsangehörige in der Schweiz jedes Jahr in ihre Heimatländer überweisen, sagt der ehemalige Vizedirektor des SEM, und dies nicht nur die Arbeitnehmer unter ihnen. Auch Sozialhilfegelder sollen dabei sein. Das ist gut möglich, denn diese sind hierzulande alles andere als bescheiden.

Für die Sozialleistungen sind die sogenannten Skos-Richtlinien massgebend. Anerkannte Flüchtlinge sowie in den Kantonen Basel-Stadt und Zürich auch die vorläufig Aufgenommenen, also abgewiesene, aber nicht ausschaffbare Asylbewerber, werden den Einheimischen gleichgestellt. Ein Einpersonenhaushalt bekommt zunächst jeden Monat 986 Franken aufs Konto einbezahlt. Weiter finanziert ihm die Allgemeinheit eine günstige Wohnung inklusive Nebenkosten – in der Agglomeration gilt ein Höchstpreis von etwa 1100 Franken. Daneben werden sämtliche Sozialversicherungsbeiträge – insbesondere AHV/IV und Krankenkassenprämien inklusive Franchise und Selbstbehalt – übernommen. Insgesamt müsste für Letzteres ein finanziell unabhängiger Einzelhaushalt wohl rund 500 Franken aus eigener Tasche

berappen. Sodann sind den Skos-Richtlinien zufolge weitere Leistungen obligatorisch zu übernehmen, die unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen» zusammengefasst werden.

Kommunale Sozialverwaltungsangestellte haben ausgerechnet, dass eine Person rund 3400 Franken pro Monat Verdienst aufweisen muss, um mit dem

Ein Fünfpersonenhaushalt kommt auf Sozialleistungen von 6800 Fr. pro Monat.

Fürsorgebezüger gleichgestellt zu sein. Was für einen ausgesteuerten 55-Jährigen, der schon immer in der Schweiz gelebt, gearbeitet und Beiträge bezahlt hat, durchaus angemessen ist, ist für all jene, die weder lesen noch schreiben können und hier in einer fremden Welt völlig verloren sind, unglaublich viel Geld. In der Heimat lebten sie von der Hand in den Mund, hier werden ihnen monatlich tausend Franken ausgehändigt – wie im Märchen. Die Flüchtlinge können davon also problemlos 500 Franken behalten und den Rest ins Heimatland senden. Und die Geldtransferinstitute sind nicht zur

Offenlegung verpflichtet, ein automatischer Datenaustausch, wie ihn die politische Linke für die Bankengeschäfte unbescholtener Bürger durchgesetzt hat, findet nicht statt.

Richtiggehend rentabel wird es dann, wenn der anerkannte Asylbewerber samt Familie bei der Sozialhilfe anhängig ist. Als Ehepaar mit drei Kindern steht ihm nebst dem monatlichen Grundbetrag von 2386 Franken zu. Die zusätzlich zu übernehmenden Sozialversicherungsbeiträge schlagen mit mindestens 1100 Franken zu Buche. Dazu kommen in jedem Falle die erwähnten situationsbedingten Leistungen, die allen Sozialhilfebezügern zustehen: Sämtliche Zahnarztkosten, Brillen, Erstausrüstung, Baby-Artikel, Kinderhüte-Kosten, die Haushaltversicherung, Bahnbillette für Integrationskurse, Psychologenbesuche oder Wahrnehmung des Besuchsrechts, ja sogar Umzugskosten und Gebühren für die amtlichen Papiere hat laut Skos die Allgemeinheit mit der Sozialhilfe zu berappen. Ein Fünfpersonenhaushalt kommt so auf durchschnittlich etwa 6800 Franken Sozialleistungen pro Monat – steuerfrei notabene.

Es handelt sich bei diesen Summen keinesfalls um Einzelfälle, sondern um

die politisch gewollte tagtägliche Realität. Sozialhilfe nach Schweizer Art hat zweifelsohne eine berechnende Wirkung. Das Signal, das damit in die Herkunftsländer gesendet wird, ist fatal; dort wird sehr wohl wahrgenommen, wo man am meisten Unterstützung erhält. Wenn Kreise, die der Asyleinwanderung wohlwollend gegenüberstehen, fordern, es seien die Fluchtursachen zu bekämpfen, dürfte es sich nicht etwa um Krieg und Konflikte, sondern insbesondere um diese Sozialleistungen handeln.

Daher stoppen die Asylströme auch nicht in Bulgarien oder Mazedonien, sondern in Skandinavien, Deutschland und der Schweiz. Der Sozialstaat bietet ihnen hier alles, und das auch ohne Anstrengung. Und die fehlenden Anreize schlagen sich entsprechend in den Sozialhilfequoten von 80 bis 90 Prozent nieder. Lebten im Jahre 2010 noch 9400 Flüchtlinge von der Sozialhilfe, waren es 2015 bereits 20 100, eine Steigerung von 113 Prozent in fünf Jahren. Darum herum hat sich eine wahre Betreuungsindustrie gebildet, die mit moralisierenden Argumenten jegliche Reformen zu verhindern versucht.

Barbara Steinemann, ist Mitglied der Sozialbehörde der Gemeinde Regensdorf (ZH) und SVP-Nationalrätin.

Weniger Asylgesuche

Eritrea noch immer Spitzenreiter

Bern. Im Februar sind in der Schweiz 1507 Asylgesuche gestellt worden, fünf Prozent weniger als im Vormonat. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres beträgt das Minus gut 44 Prozent. Wegen der kalten Witterung bewege sich die Migration nach und innerhalb Europas aktuell auf einem vergleichsweise tiefen Niveau, teilte das Staatssekretariat für Migration (SEM) am Dienstag mit. Den starken Rückgang zum Vorjahr führt es vor allem auf die Schliessung der Balkanroute im März 2016 zurück. Wichtigstes Herkunftsländ war auch im Februar 2017 Eritrea mit 296 Gesuchen. Das sind 39 weniger als im Vormonat. Anschliessend folgen Syrien mit 167 Gesuchen (+54), Guinea mit 105 (-15), Afghanistan mit 92 (-7) und Irak mit 72 Gesuchen (+15).

Das SEM erledigte im Februar 2448 Asylgesuche in erster Instanz. Dabei wurde in 583 Fällen auf der Grundlage des Dublin-Abkommens ein Nichteintretensentscheid gefällt. 578 Personen erhielten Asyl, und 668 weitere wurden vorläufig aufgenommen. Die Zahl der erstinstanzlich hängigen Fälle nahm im Vergleich zum Vormonat um 755 Gesuche ab. 647 Personen haben die Schweiz im letzten Monat kontrolliert verlassen. Bei 771 Personen wurde ein anderer Dublin-Staat um Übernahme angefragt, und 223 Personen konnten in den zuständigen Dublin-Staat überführt werden. Zugleich wurde die Schweiz laut SEM von anderen Dublin-Staaten um Übernahme von 493 Personen ersucht. 62 Personen wurden der Schweiz überstellt.

Im Rahmen des neuen Kontingents von 2000 besonders verletzlichen Personen, welche die Schweiz in den nächsten zwei Jahren aufnehmen möchte, traf im Februar eine erste Gruppe von 21 Personen ein. Gestützt auf das EU-Programm zur Umverteilung (Relocation) von Asylsuchenden kamen 181 Personen aus Griechenland und Italien. SDA

Nationalrat will liberalisierten Fernbusverkehr

Konkurrenz für die SBB besteht laut FDP-Nationalrat Nantermod nur bedingt – der Bundesrat ist dagegen



Schweizer Unternehmen sollen profitieren. Fernbus-Angebote haben in den letzten Jahren – wie hier in Zürich – stark zugenommen. Foto Keystone

Bern. Der Nationalrat hat gestern gegen den Willen des Bundesrates eine Motion mit 102 zu 84 Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen, die den Fernbusverkehr in der Schweiz liberalisieren will. Nun ist der Ständerat am Zug.

Motionär Philippe Nantermod (FDP, VS) verwies in der gestrigen Debatte auf die Liberalisierung im Ausland und forderte, dass Schweizer Unternehmen von der Liberalisierung profitieren sollten. Fernbusse kämen gut an und seien effizient. In Frankreich, wo die Regierung Bussen grünes Licht gegeben habe, werde mit 3000 zusätzlichen Stellen gerechnet.

Konkurrenz für die SBB ist in den Augen von Nantermod nur bedingt zu erwarten. Denn mit Fernbussen reisten vornehmlich Menschen mit viel Zeit und wenig Geld. Auch würden Busse vor allem auf Strecken fahren, auf denen die Züge der SBB ausgelastet seien. Konkurrenz für die staatlichen Transportmittel förderten zudem die Innovation.

Reinen Wettbewerb gibt es nicht

Der Bundesrat lehnte die Motion ab und verwies auf einen Bericht zum internationalen Personenverkehr auf Schiene und Strasse. Bestellt hatte ihn

der Nationalrat mit einem Postulat seiner Verkehrskommission. Vorliegen soll der Bericht noch in diesem Jahr, wie Bundespräsidentin Doris Leuthard gestern sagte. Im Bericht thematisiert werden soll unter anderem die Wettbewerbssituation zwischen internationalem Fernbus- und Schienenverkehr und die Auswirkungen von neuen EU-Regelungen auf die Schweiz.

Reine Monopole und reinen Wettbewerb gebe es mit dem Schweizer Konzessionssystem nicht, sagte Doris Leuthard. Die Anbieter im öffentlichen Verkehr müssten sich an gewisse Vorgaben halten, etwa an die Anerken-

nung von Generalabonnements und Halbtax-Abonnements.

SBB kritisieren Anbieter

Fernbus-Angebote stellen nach Ansicht der SBB keine echten Angebotserweiterungen und keinen Mehrwert zum Gesamtsystem des öffentlichen Verkehrs dar, teilten die SBB unlängst in einer Stellungnahme mit.

Wenn ein einzelner Anbieter Rosinen herauspicke, indem er nur profitable Leistungen für gewisse Linien zu Billigpreisen anbiete, werde am Prinzip der Solidarität des Tarif- und Gesamtsystems öV Schweiz gerüttelt. SDA

Ständerat will Transparenz

Spitalfinanzierung untersuchen

Bern. Der Bundesrat muss untersuchen, welche Kantone ihre Spitäler in den letzten Jahren über das gesetzlich vorgesehene Mass hinaus subventioniert haben. Das verlangt das Parlament. Der Ständerat hat am Dienstag eine Motion seiner Gesundheitskommission mit nur einer Gegenstimme angenommen. Die kleine Kammer hatte dem Vorstoss schon einmal zugestimmt, der Nationalrat änderte den Motionstext dann aber leicht ab: Die Analyse soll im Rahmen der laufenden Wirkungsanalyse des Krankenversicherungsgesetzes erfolgen.

Der Kommission geht es um die Transparenz, die eigentlich seit der Einführung der neuen Spitalfinanzierung 2012 herrschen sollte. Das Bundesamt für Gesundheit hatte letztes Jahr festgestellt, dass die verfügbaren Daten keinen Vergleich der Finanzierung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen und Investitionen zulassen.

Verzerrende Subventionen

Laut Kommissionssprecher Hans Stöckli (SP/BE) ist diese Situation unbefriedigend. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen der neuen Spitalfinanzierung wettbewerbsverzerrende Subventionen ausgerichtet würden. Es brauche daher Transparenz, damit die Leistungen auch so erbracht würden wie vom Gesetzgeber vorgesehen.

Einige Kantone behinderten damit den interkantonalen Preis- und Transparenzwettbewerb, sagte Alex Kuprecht (SVP/SZ). Seiner Meinung nach geht es dabei nicht zuletzt darum, die schweizweit freie Spitalwahl zu hintertreiben.

Gesundheitsminister Alain Berset warnte vor zu hohen Erwartungen. Die Vergangenheit lasse sich nicht so einfach rekonstruieren, sagte er. Eine neue Untersuchung könne sich nur auf die Daten von 2016, allenfalls 2017 stützen. SDA